

13. Eine-Welt-Landeskonferenz am 06./07.03.2009 in Münster

Beitrag Hans-Dietrich Lehmann, Ministerialdirektor im BMZ

- Die Welt-Nahrungsmittelkrise ist - eine - der großen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen. Bündel von Ursachen, monokausale Antworten bringen keine Lösung:
- Bevölkerungswachstum und erfolgreiche Armutsbekämpfung in vielen Entwicklungsländern führen zu einer stärkeren Nachfrage und veränderten Konsumgewohnheiten. Gute Botschaft: Viele Menschen können heute mehr und besser essen.
- Problem liegt nicht hier; die Welt könnte auch 9 Milliarden Menschen ernähren. Die Nahrungsmittelkrise ist im Kern keine Versorgungskrise, sondern eine Armut- und Verteilungskrise.
- Deutschland hat schnell und im Verbund mit der internationalen Gemeinschaft auf die Welternährungskrise reagiert und war mit seiner Initiative führend in internationaler Diskussion. Im letzten Jahr konnten wir unsere Zusagen zur Überwindung der Welternährungskrise auf über 600 Mio. Euro erhöhen.
- Über die Steigerung unserer nationalen Mittel allein werden wir jedoch nicht genug Durchschlagskraft entwickeln, um die Krise zu überwinden. Erfreulicherweise konnte eine gemeinsame Agenda vorgebracht werden, die unabdingbar ist, um mit einem koordinierten Vorgehen einen wirksamen Hebel zur Überwindung der Krise ansetzen zu können.
- Die Stichworte sind bekannt und wurden von VN-Generalsekretär Ban Ki-moon klar herausgestellt:
 - Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft ist entscheidend für die Bekämpfung des Hungers, gehört wieder in den Fokus der Entwicklungspolitik;
 - Produktionssteigerungen allein reichen nicht aus;
 - Die gesamte Situation der Menschen im ländlichen Raum muss berücksichtigt werden;
 - Frauen und Männer auf dem Lande müssen überproportional am Wachstum beteiligt werden;
 - International verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Agrartreibstoffe entwickeln;
 - handelsverzerrende Agrarsubventionen abbauen und faires Handelssystem schaffen.
- Im letzten Jahr haben sich gleich drei Krisen, die drei „f´s“, dramatisch in den Vordergrund der internationalen politischen Diskussion gedrängt: finance, fuel and food – Krisen, die auch die Diskussion in 2009 bestimmen werden. Reduktion auf Finanzkrise wie heute oft hörbar, greift zu kurz. Jahrhundertherausforderung Klimawandel darf nicht vernachlässigt werden.

- Auch für die EZ bleiben diese Herausforderungen nicht ohne Folgen: die Wucht des Systemversagens trifft die schwächsten Staaten und die schwächsten Menschen am härtesten. Gerade sie werden die zusätzlichen finanziellen Belastungen am wenigsten tragen können. Mühsam erreichte Erfolge in der Entwicklungspolitik sind bedroht.
 - Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen nicht zu humanitärer Krise werden!
 - Wirtschaftskrise zieht viel Kapital aus Entwicklungsländern ab, Chancen für Exporte verschlechtern sich.
 - IWF: 22 Länder vom Kollaps bedroht!
 - Durch den fast zeitgleichen Ausbruch von Ernährungskrise und Finanzkrise müssen erstmals wieder fast 1 Milliarde Menschen hungern.
 - Jeder Prozentpunkt Rückgang des weltweiten Wirtschaftswachstums drängt ca. 20 Mio. Menschen zurück in Armut.
 - 1,4 Milliarden Menschen müssen Tag für Tag mit weniger als 1,25 US Dollar auskommen. 100 Millionen Menschen sind durch aktuelle Krisen wieder in Armut zurückgeworfen.
 - Das ist politisch sehr gefährlich. Eine Zahl zeigt dies ganz deutlich: im Jahr 2020 werden 89% der jungen Menschen weltweit in Entwicklungsländern leben – sie werden Abkoppelung von den reichen Ländern nicht hinnehmen.
 - Gleichzeitig sagen Expertinnen und Experten: der Klimawandel schreitet weit schneller voran als wir dachten. Die Menschen in den Entwicklungsländern werden am meisten vom Klimawandel betroffen sein, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Klimawandel stellt Erreichen der MDGs in Frage.
 - Die Herausforderungen für das Jahr 2009 haben eins gemeinsam: Sie sind global! Deswegen brauchen wir globale Antworten!

Nachhaltige Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik

- Nachhaltige Entwicklungspolitik ist Antwort auf die größten globalen Herausforderungen.
- Vier Ziele unserer Entwicklungspolitik lauten:
 - Armut bekämpfen
 - Umwelt und Klima schützen
 - Frieden sichern und Demokratie fördern und
 - Globalisierung gerecht gestalten.
- So wirkt Entwicklungspolitik in unserem Interesse und dem der Partnerländer und ist damit ein angesichts der globalen Zukunftsherausforderungen unverzichtbarer Politikbereich.
- Entwicklungspolitik steht für Werte, die uns wichtig sind: Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, fairer Lohn, faire Arbeitsbedingungen weltweit, Solidarität oder Bewahrung der Schöpfung.
- Deswegen Jahr 2000 acht Millenniumsziele der VN – die 8 Gebote der gerechten Globalisierung!

- Neben Armutsbekämpfung bis hin zu Gleichberechtigung fordern die MDG auch eine globale Partnerschaft von Nord und Süd ein.
- Diese wird wesentlich sein, um z.B. auch die Nahrungsmittelkrise zu überwinden: Hier ist es gelungen, sich international auf eine neue Partnerschaft (Global Partnership on Agriculture and Food Security GPAFS) zu verständigen. Wir werden uns für den Aufbau eines leistungsfähigen Sekretariats des GPAFS einsetzen. Unsere Zusagen zur Überwindung der Welternährungskrise habe ich bereits erwähnt.
- Darüber hinaus werden wir uns auf allen Ebenen für eine kohärente Politik einsetzen, die auch der Verwirklichung der globalen Ernährungssicherheit dient. Entwicklungs-, Landwirtschafts- und Handelspolitik, aber auch weitere Politikfelder müssen gemeinsam die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung verfolgen und somit die Umsetzung des MDG 1.
- New York, Accra und Doha waren 2008 die Stationen, um die erforderliche globale Partnerschaft zu erneuern.
 - New York im September 2008 steht für die Zwischenbilanz der MDGs, für die Vergewisserung des wohin – der gemeinsamen Zielvorstellung der Zusammenarbeit.
 - Accra im September 2008 steht für das wie der gemeinsamen Anstrengung dorthin – die Bündelung unserer Aktivitäten in der EZ, um die Effektivität zu steigern.
 - Und in Doha im November 2008 ging es um das womit, um die Mittel, die dafür benötigt werden – d.h. um die Verbesserung der Entwicklungsfinanzierung.

Lassen Sie mich auf die einzelnen Stationen etwas näher eingehen:

Halbzeitbilanz MDGs

- Halbzeitbilanz auf dem MDG-Gipfel in New York bleibt gemischt. In wesentlichen Bereichen der MDGs konnten Fortschritte erzielt werden. Dank der guten Entwicklung in Ostasien, insbesondere in China, war das Ziel, die weltweite Armut zu halbieren, insgesamt in greifbare Nähe gerückt.
- Die Erfolge sind jedoch sehr ungleich verteilt, sowohl innerhalb von Staaten als auch zwischen Regionen. Insbesondere fragile Staaten weisen große Defizite auf. In Afrika südlich der Sahara und auch in Südasien ist die Lage nach wie vor am schlimmsten. Trotz einer leichten Verminderung der Armutsquote steigt hier aufgrund des Bevölkerungswachstums die Zahl der armen Menschen weiter an. Finanz- und Wirtschaftskrise haben das Bild weiter getrübt.

Einige Hinweise zu weiteren Zielen:

Besonders positive Resultate zeigen sich bislang in den Bereichen Bekämpfung von HIV / Aids, Bildung und Entschuldung.

- Von 2001 bis 2007 ist die Zahl der HIV-Infizierten, die lebensverlängernde Medikamente erhalten, von 200 000 auf 3 Millionen gestiegen. Durch den globalen Fonds zur Bekämpfung von Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids erhielten 40 Millionen Menschen Hilfe, und täglich werden 3 000 Menschen vor dem Tod gerettet.
- Im Bildungssektor stieg die Schulbesuchsquote im Primarbereich in Subsahara-Afrika von 1999 bis 2005 um 36 %.
- Allein durch die Entschuldungsinitiativen der G8 (HIPC und MDRI) können etwa 29 Millionen Kinder mehr in die Schule gehen. Bundesregierung hat hierzu beim Kölner G8 Gipfel 1999 den Anstoß gegeben.
- Eine Vielzahl von Ländern sind fast völlig entschuldet. Nun müssen wir verhindern, dass Neuverschuldungen diese Erfolge gefährden. Debt Sustainability Framework ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Finanzkrise schafft neue Verschuldungsrisiken für die Entwicklungsländer – internationales Insolvenzverfahren muss angestrebt werden.

Leider gibt es auch vergessene oder vernachlässigte Millenniumsziele. Dazu gehört immer noch die Situation von werdenden Müttern. Tag für Tag sterben 1 600 Frauen durch Komplikationen in der Schwangerschaft oder bei der Geburt, rund 600 000 Frauen im Jahr – 99 von 100 in Entwicklungsländern, davon der größte Teil im südlichen Afrika.

- Das alles zeigt deutlich, dass noch zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen. Zum einen müssen wir uns weiter den Regionen intensiv zuwenden, in denen noch viel zu wenige Fortschritte erzielt wurden. Zum anderen haben wir erkannt, dass wir mehr Effektivität und eine verbesserte Entwicklungsfinanzierung brauchen - erst recht vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen.

Accra Agenda for Action (AAA)

- Die Geberlandschaft ist trotz guter Vorsätze vielfältiger und komplexer geworden. Damit kann sie die Entwicklungsländer überfordern. Ein Beispiel: 2005 fanden in nur 34 Partnerländern 10.453 Länderuntersuchungen und Evaluierungsmissionen statt!
- Diese Zahl allein verdeutlicht, weshalb die Konferenz von Accra zur Wirksamkeit der EZ so wichtig ist. Das Schlussdokument, die Accra Agenda for Action (AAA), wird von etwa 80 Partnerländern, allen DAC-Geberländern, nicht-traditionellen Geberländern, allen einschlägigen multilateralen Organisationen, internationalen Entwicklungsfonds sowie der Zivilgesellschaft mitgetragen.
- Die Accra Agenda weist uns anhand von fünf Punkten den Weg zu einer effektiveren Entwicklungspolitik:
 - Stärkung der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer

- eine stärkere Zusammenarbeit über die Strukturen der Partnerländer und
- mehr Arbeitsteilung zwischen den Gebern
- mehr Transparenz bei Geber- und Partnerländern
- mehr Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit bei den Leistungen

PGF / Budget ?!!

- Neue Formen der Zusammenarbeit in diesem Sinne wurden inzwischen entwickelt: Ein Beispiel ist das Abkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden, das am Rande der Konferenz unterzeichnet wurde. Die Niederlande werden 70 Mio. Euro in einem deutschen Programm zur Förderung von Erneuerbaren Energien in 20 afrikanischen Ländern einsetzen.

Doha Konferenz

- Vom MDG-Gipfel in New York über Accra führt uns der Weg nun nach Doha. Bundesministerin als Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für „Financing for Development“ hat hier gemeinsam mit dem südafrikanischen Finanzminister Trevor Manuel wichtige Impulse gesetzt. Konferenz hat ein deutliches Zeichen gesetzt: wir brauchen mehr Mittel zur Bekämpfung der globalen Armut. Industrieländer müssen ihre Anstrengungen erhöhen. Ausdrücklich begrüßt wurden die europäischen Zusagen.
- Größte Erfolge der Konferenz:
 - Die in Monterrey begründete globale Partnerschaft wurde bestätigt und vertieft – einschließlich der finanziellen Zusagen der Industrieländer.
 - Bestätigung der Partnerschaft erfolgte im Konsens aller Länder und unter Beteiligung Zivilgesellschaft
- Innovative Finanzierungsquellen wie die Nutzung von Erlösen aus dem Emissionshandel sollen genutzt werden. Deutschland hat 2008 einen Anfang gemacht und setzt 120 Mio. Euro aus dem Emissionshandel für Klimaprojekte in EL ein. 2009 werden es 225 Mio. Euro sein. Zielführend ist auch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer (Vorschlag Steinmeier/Steinbrück)
- Die Wirksamkeit der EZ soll weiter gesteigert werden. Gleichzeitig müssen aber auch die Entwicklungsländer ihre eigenen Steuersysteme und Steuereinnahmen ausbauen und Korruption bekämpfen.
- Die Bundesregierung hat sich bereits im Vorfeld der Konferenz für eine Initiative zur Vermeidung von Steuerflucht und Steuervermeidung ausgesprochen, die in Doha auf breite Unterstützung gestoßen ist.
- Auch Doha-Handelsrunde muss zu einem entwicklungsorientierten Abschluss gebracht werden.

Mehr soziale Gerechtigkeit – Globaler New Deal

- Alle geschilderten Herausforderungen werden durch die Finanz- und Wirtschaftskrise noch verschärft werden. Deswegen müssen wir einerseits den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen. Wir stehen zu den eingegangenen Verpflichtungen, nicht zuletzt zum ODA-Stufenplan.
- Mit der Anmeldung für 2010 sollen die 6 Mrd. übersprungen werden.
- Auch zur Überwindung der Nahrungsmittelkrise werden wir im Rahmen des geplanten Zuwachses der ODA-Mittel unser Engagement zukünftig noch weiter ausbauen.
- Aber es ist jetzt an der Zeit für einen globalen New Deal.
- Der Zusammenbruch der Finanzmärkte ist das Symptom einer Marktgläubigkeit, die man vielleicht am besten mit dem Diktum von Margaret Thatcher charakterisieren kann: „There is no alternative“ oder auch kurz TINA. Damit begründete sie das Paradigma des Neoliberalismus: die Vorherrschaft des Marktes vor Staat und Demokratie. Finanzkrise hat gezeigt: Dieses Modell ist gescheitert. Jetzt ist es an der Zeit das Verhältnis zwischen Markt und Mensch neu auszubalancieren. Es geht um das Leben von Menschen.
- In diesem Sinne unterstützt das Bundesministerium einen globalen New Deal für das 21. Jahrhundert, der auf kooperatives Weltmodell setzt. Dazu gehören die folgenden Elemente:
 - Wir brauchen neue Strukturen für eine weltweite, kohärente Abstimmung der Finanz- und Handelspolitik.
 - Wir brauchen einen Weltwirtschaftsrat - so wie es die SPD in ihrem Hamburger Programm und auch Bundeskanzlerin Merkel fordern. Man kann die Institution auch VN-Sicherheitsrat für ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung nennen. Entscheidend sind zwei Dinge: unter dem Dach der VN und effizient. Vorschlag Ministerin: Auf dem Weg zum Weltwirtschaftsrat einen zwischenstaatlichen Ausschuss für Wirtschaft einzurichten – Vorbild IPCC (Weltklimarat). Ziel Erkenntnisse von Wissenschaft und Politik zu bündeln.
 - Entwicklungsländer müssen wirkliche Mitsprache in neuen Strukturen haben. Afrika braucht seinen festen Platz im Kreise der G20.
 - Die Zivilgesellschaft muss den Global New Deal mitgestalten. Nur so kann es ein Pakt werden, hinter dem die Menschen auch wirklich stehen.
 - Es ist zentral und notwendig, massiv in die Landwirtschaft, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien ebenso wie in die Infrastruktur in Entwicklungsländern zu investieren.
 - Wir dürfen keinen Kasino-Kapitalismus mehr zulassen. Wir müssen zuverlässige Regeln für die globalen Finanzmärkte schaffen. Weltbank und IWF müssen zu soliden Stabilitätsankern werden. Gute Anfänge in der Stiglitz-Kommission.

Nicht *trotz*, sondern *wegen* der weltweiten Finanzkrise erweist sich die Armutsbekämpfung als günstigste und sicherste Zukunftsinvestition in Frieden und Sicherheit weltweit.

Schlussfolgerungen

- Die bevorstehenden Aufgaben erfordern eine weiter gestärkte Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Entwicklungspolitik, international aber auch national mit Zivilgesellschaft, Ländern und Gemeinden.
- Genauso wichtig wie die Lösung der globalen Herausforderungen ist entsprechend unsere Aufgabe, in Deutschland das Verständnis für Entwicklungspolitik als Zukunftspolitik zu stärken.
- Eine aktuelle Umfrage von Infratest mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 ergab, dass drei von vier Wählerinnen und Wählern das entwicklungspolitische Profil der Parteien wichtig ist. Leider spielte das Thema Entwicklungspolitik bei den vergangenen Bundestagswahlen und auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament keine so große Rolle, wie diese Zahlen vermuten lassen.
- Interesse vorhanden, muss aber weiter geweckt werden.
- In diesem Zusammenhang kommt gerade der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit eine zentrale Bedeutung zu. Hauptakteure sind hier insbesondere die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die wir breit unterstützen. 2009 werden wir insgesamt rund 9 Mio. Euro des Bildungsbudgets für die Bildungsarbeit der NRO einsetzen. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber 2008 um rund 28%. [Ferner stehen für die staatliche Bildungsarbeit rund 4 Mio. Euro zur Verfügung, für Eigenmaßnahmen des BMZ bzw. sonstige Maßnahmen
- Dank an die Akteure für ihr Engagement und Ermunterung, auf diesem Weg weiterzugehen.
- Aber auch den Bundesländern kommt hier eine wichtige Bedeutung zu. Wir begrüßen den neuen MPK-Beschluss zur Entwicklungszusammenarbeit, der u.a. die zentrale Rolle der Länder in der Bildungsarbeit betont. Erhoffen uns nicht nur breite Bekanntheit des MPK-Beschlusses, sondern auch seine aktive Umsetzung. Aber: Eigene Anstrengungen sind nötig und zusätzliche!
- Fazit: Um die Ziele der Entwicklungspolitik zu erreichen - Armut bekämpfen – Umwelt und Klima schützen - Frieden sichern und Demokratie fördern - Globalisierung gerecht gestalten - müssen wir
 - gemeinsame finanzielle und politische Anstrengungen erhöhen
 - dazu beitragen globale Systemfehler abzuschaffen und schlagkräftige, gleichzeitig legitimierte Internationale Organisationen schaffen.

Um mit einem Zitat der Bundesministerin abzuschließen:

„Die Wucht der weltweiten Finanzkrise hat die schwächsten Staaten und die schwächsten Menschen besonders hart getroffen. Wenn es möglich ist, mit Milliardenbeträgen die Finanzmärkte zu stabilisieren, dann muss es auch möglich sein, die Welt vor Armut und Hunger, vor Arbeitslosigkeit und Klimawandel zu retten“ (Videobotschaft am 16.02.2009)